

## **„Preis für deutsche und europäische Verständigung“ der „Deutschen Gesellschaft e.V.“**

**Horst Teltschik**

**Berlin, 9. November 2021**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Exzellenzen, sehr verehrte Damen und Herren des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft, sehr geehrte Mitglieder und Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen aus gemeinsamen Jahren, liebe Freunde.

Die Mitteilung von Herrn Dr. Apelt, dass der Vorstand der Deutschen Gesellschaft unter Leitung von Herrn MP Lothar de Maizière und von Herrn Bundesminister Franz Müntefering beschlossen habe, mir den Preis der Deutschen Gesellschaft für deutsche und europäische Verständigung zu verleihen, hat mich tief berührt. Diese Auszeichnung erfüllt mich auch angesichts der eindrucksvollen Liste der bisherigen Preisträger mit Demut und zugleich mit großer Freude und Dankbarkeit. Dafür darf ich mich sehr herzlich bedanken.

Herr Thierse hat zu Recht auf die besondere Bedeutung des heutigen Tages, des 9. Novembers, des sogenannten „Schicksalstages“ in der jüngeren deutschen Geschichte hingewiesen. Die damit verbundenen Ereignisse und deren Folgewirkungen haben mein Leben von Anfang an entscheidend geprägt. In Mähren / Sudetenland geboren folgte als Vierjähriger mit meiner Mutter und zwei Brüdern die zweijährige Flucht, bis wir im Juni 1946 als Flüchtlinge in Tegernsee ankamen. Mein Vater war in beiden Weltkriegen vierzehn Jahre seines Lebens Soldat und Gefangener in der Sowjetunion. Auf dem Hintergrund dieser persönlichen Erfahrungen ergaben sich für mich schon in frühen Jahren klare Schlussfolgerungen:

- Nie wieder Krieg!
- Nie wieder Faschismus!
- Nie wieder Kommunismus!

Besonders erfreut mich, dass ich den heutigen Preis von Berlinern in Berlin überreicht bekomme. Berlin hat für mich persönlich eine besondere Bedeutung und mein Leben maßgeblich bestimmt. Ich habe den Bau und den Fall der Mauer erlebt. Ich habe an der Freien Universität Internationale Beziehungen studiert. Mein wichtigster Lehrer war der Exil Jude und Sozialdemokrat Richard Löwenthal.

Für mich ist die heutige Auszeichnung nicht selbstverständlich. Ich musste ja 1990 Herrn MP de Maizière i.A. des Bundeskanzlers mehrfach unterrichten. Das waren für ihn nicht immer nur freudige Nachrichten. Auch die SPD, lieber Herr Müntefering, musste mit mir in meinen verschiedenen Funktionen zurecht- kommen. Als besondere Ehre empfinde ich Ihre Bereitschaft, lieber Herr Thierse, dass Sie bereit waren, die Laudatio zu übernehmen. Danke dafür.

Alles Positive, das Sie über mich gesagt haben, trifft natürlich zu. Aber Scherz beiseite: Dass eines Tages ein prominenter Sozialdemokrat noch dazu aus den neuen Bundesländern öffentlich zu meinen Ehren eine Laudatio halten werde, das war nicht unbedingt zu erwarten, aber es erfüllt mich mit besonderer Freude und Stolz, zumal Sie den Einigungsprozess so manches Mal sehr kritisch begleitet haben.

Aber dieses parteiübergreifende Selbstverständnis, das in Ihren Reden und in Ihrem Verhalten immer wieder zum Ausdruck kommt, entspricht auch meiner Überzeugung. Ich habe in allen Jahren meiner politischen Tätigkeit – im Deutschen Bundestag als Büroleiter des Fraktionsvorsitzenden und dann im Bundeskanzleramt - immer versucht, mit den Kollegen der anderen Parteien im Gespräch zu bleiben. Sollten sich doch die „Oberen“ kräftig auseinandersetzen, so wollte ich doch auf meiner Ebene vernünftige Absprachen ermöglichen. Daraus entwickelte sich gelegentlich sogar eine persönliche Freundschaft über die Parteigrenzen hinweg.

Das setzte sich mit den Jahren auf einer anderen Ebene fort. Egon Bahr suchte mich immer wieder im Bundeskanzleramt auf, um mit mir über die Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion zu sprechen und bot mir seine Unterstützung an. Bundespräsident von Weizsäcker bat mich regelmäßig zu Vier-Augen-Gesprächen und forderte mich noch wenige Monate vor seinem Tode auf, weiterhin über Russland zu sprechen. Und das tue ich weiterhin – bekanntermaßen als sog. Putin - Versther. Welch` lächerlicher Vorwurf!

Natürlich gab es auch immer wieder harte Kritik. Als ich z.B. am 6. Juli 1989 dem Bonner „General – Anzeiger“ ein Interview gab und davon sprach, dass aufgrund der Reformpolitik Gorbatschows „Bewegung in das Gefüge Gesamteuropas gekommen (sei) und (sich) damit auch die deutsche Frage neu (stelle) und hinzufügte, „dass ich überzeugt sei, dass die deutsche Frage künftig verstärkt auf der Tagesordnung der West – Ost – Gespräche stehen werde“, brach ein Sturm über mich herein. Sprecher der SPD forderten meine sofortige Entlassung, und unser damaliger Außenminister ließ den Bundeskanzler mitteilen, dass nun meine Entlassung unvermeidbar sei. Es war offensichtlich, dass sich trotz der dramatischen Veränderungen, die Gorbatschow eingeleitet hatte, die sich in Polen, in Ungarn und auch zunehmend in der DDR in verschiedenen Formen widerspiegelten, praktisch niemand darauf eingestellt war, dass damit die ganze Nachkriegsordnung in Bewegung kommen werde.

Bundeskanzler Helmut Schmidt holte mich dennoch in den Senat seiner Stiftung und bat mich verschiedene Male, mit ihm gemeinsam aufzutreten, u.a. hier in Berlin bei seiner Europarede in der Humboldt – Universität. Bundespräsident Roman Herzog wie auch Bundeskanzler Gerhard Schröder nahmen mich auf ihren ersten China-Reisen mit. Ich habe ja zehn Jahre lang auf der Grundlage einer Regierungsvereinbarung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji ein Verkehrsinfrastrukturprojekt mit zehn deutschen Unternehmen und der chinesischen Staatlichen Planungskommission geleitet.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu dem Namen des Preises sagen, der mir heute verliehen wird. Er spricht richtigerweise die „deutsche **und** europäische Verständigung“ in gleichem Atemzuge an. Das Eine ist von dem Anderen nicht zu trennen.

Der französische Präsident Francois Mitterand hatte anfänglich gezögert, dem deutschen Einigungsprozess zuzustimmen. Er hatte die Sorge, dass ein geeintes Deutschland im Herzen Europas, nun noch größer und wirtschaftlich noch stärker als Frankreich, nicht länger bereit sein könnte, die europäische Integration voran zu treiben und so eng wie bisher mit Frankreich zusammenzuarbeiten.

Deshalb hatte Helmut Kohl im Dezember 1989 in einem Schreiben an Mitterand die Initiative ergriffen und ihm vorgeschlagen, nach der Entscheidung über die Wirtschafts- und Währungsunion vom Juli 1989 auf dem EG – Gipfel in Hannover nun gemeinsam den nächsten Schritt in Richtung einer Politischen Union zu tun. Das wurde im April 1990 auf dem EG – Sondergipfel in Dublin beschlossen. Am 1. Juli 1990 wurde die erste Stufe zur EWWU eingeleitet.

PM Margret Thatcher konnte letztlich nur mit Hilfe des US – Präsidenten George W. Bush überredet werden. Sie hatte eine Befürchtung, die ja leider auch zum Teil eingetreten ist. Die Nachkriegsordnung in Europa, geprägt von den bekannten Formen des Kalten Krieges und des nuklearen Gleichgewichts, hatte zu einer gewissen überschaubaren und berechenbaren Ordnung in Europa geführt. Diese europäische Nachkriegsordnung zerfiel, ohne dass eine Alternative erkennbar war. Und Deutschland, das in der Geschichte gut für zwei Weltkriege gewesen sei, könnte ihrer Meinung nach auch einen dritten Weltkrieg auslösen. Ich hatte in dieser Zeit mehrfach die Aufgabe, PM Thatcher in Downing Street 10 aufzusuchen und über die Maßnahmen der Bundesregierung zu unterrichten. Sie war eine sehr aufmerksame ZuhörerIn und stets bereit zur Diskussion.

Entscheidend waren jedoch die USA. Ihr Interesse bezog sich vorrangig auf die Beibehaltung der NATO und die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands im Atlantischen Bündnis. Von großer Bedeutung war die Zusage von Präsident Bush in seiner Rede am 31. Mai 1989 in Mainz, als er öffentlich erklärte, dass die Sowjets wissen sollten, „dass unser Ziel nicht darin besteht, ihre legitimen Sicherheitsinteressen zu untergraben“. Sowohl Präsident Ronald Reagan als auch sein Nachfolger George Bush haben Generalsekretär Gorbatschow immer auf gleicher Augenhöhe behandelt.

In ihren Amtszeiten wurden die weitreichendsten Abrüstungs- und Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen beiden Weltmächten vereinbart. So wurden allein 80% aller Nuklearwaffen kontrolliert vernichtet. Heute dagegen erleben wir weltweit eine neue Aufrüstung mit neuen, schnelleren Atomwaffen mit kleineren Sprengköpfen. Sie sind damit gefährlicher, weil kontrollierbarer einsetzbar und schwieriger abzuwehren, aber wer ergreift heute die Initiative zur Abrüstung?

Es war deshalb nicht überraschend, dass ein Vorschlag von Bundeskanzler Kohl im März 1990 den entscheidenden Durchbruch in den bilateralen Verhandlungen mit Moskau ermöglichte. Er bot der sowjetischen Führung Verhandlungen für einen Vertrag zwischen einem geeinten Deutschland und der UdSSR mit klaren sicherheitspolitischen Garantien an, verhandelt noch vor der Wiedervereinigung, aber unterzeichnet und ratifiziert danach. Das wurde der sog. Große „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“, am 9.11.1990 von BK Kohl und Präsident Gorbatschow unterschrieben und am 25.4.1991 vom Bundestag ratifiziert, aber wer interessiert sich heute noch dafür?

Das hört sich heute alles als sehr selbstverständlich und professionell an. Tatsache war, dass die Sowjetunion im Winter 1989/90 unter einer erheblichen Versorgungskrise litt und sich gezwungen sah, beim Bundeskanzler um Unterstützung nachzusuchen, obwohl GS Gorbatschow die Zehn Punkte – Rede des Bundeskanzlers als „Diktat“ bezeichnet und abgelehnt hatte.

Außenminister Schewardnadse berichtete mir einmal persönlich, dass es noch im Januar 1990 Diskussionen innerhalb der russischen Führung gegeben habe, ob die sowjetischen Truppen in der DDR mobilisiert werden sollten, um die Grenzen wieder zu schließen. Darüber hinaus hatte Gorbatschow im Januar alle Gespräche mit internationalen Partnern abgesagt, und wir wussten nicht warum?

Das ganze Jahr 1990 hat Bundeskanzler Kohl in allen bilateralen Gesprächen mit westlichen Partnern und auf den multilateralen Begegnungen um materielle Unterstützung für die Sowjetunion geworben – mit mäßigem Erfolg.

Ich spreche das alles an, weil ich in diesen Tagen einen Fernsehfilm sah mit dem generellen Vorwurf, die Bundesregierung habe im Einigungsprozess zu wenig auf die Vorschläge der Bürgerrechtsbewegung gehört. Zeugen dafür waren Herr Gysi und Herr Lafontaine. Ich bin mir nicht sicher, ob das die geeignetsten Zeitzeugen dafür sind.

Für den Bundeskanzler hatten und mussten natürlich die bilateralen wie multilateralen Gespräche mit den Vier – Sieger – Mächten Vorrang haben. Mit Herrn Krenz hat er telefoniert, ihn aber auf Anraten der sowjetischen Führung nicht persönlich getroffen. Das Treffen mit MP Modrow in Dresden war ernüchternd. Mein spontaner Kommentar gegenüber Helmut Kohl war: Er könne Modrow vergessen. Er kann es nicht, die DDR zu reformieren. Seine Forderung von 15 Mrd. seien verschwendetes Geld.

Als BM Schäuble mit dem DDR – StS Günter Krause den Einigungsvertrag verhandelte, bestand dessen ständige Botschaft aus der Forderung, die Einheit so rasch als möglich herbeizuführen, denn – so Krause: „Wir können es nicht“, das hieß: Alleine schaffen wir die notwendigen Reformen nicht. Gleichzeitig wuchsen 1990 vom ersten Tag an die Übersiedlerzahlen. Es kamen vorrangig junge Familien und Ausgebildete. Im Frühjahr 1990 rechneten wir bis Ende des Jahres mit ca. 1 Million Übersiedler, wenn sich der Einigungsprozess weiter verzögern würde.

Ich halte es nach wie vor für einen Glücksfall der Geschichte, dass nach der Öffnung der Mauer Deutschland nach nur 329 Tagen friedlich wieder vereinigt werden konnte. Kein einziger Schuss ist gefallen. 500.000 sowjetische Soldaten, davon 380.000 aus der DDR, sind innerhalb der vereinbarten Zeit von vier Jahren friedlich aus Mitteleuropa nach Russland zurückgekehrt.

Für mich unvergessen ist eine nicht verabredete Begegnung mit sowjetischen Kriegsveteranen nach Ende der Gespräche Kohl – Gorbatschow im Juli 1990 im Kaukasus. Ihre Botschaft war: „Russen und Deutsche müssen Freunde sein“.

Ich habe in diesem Jahr unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier spontan in einem Brief gedankt, dass er anl. des 80. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion auch einmal deren 27 Millionen Toten, darunter 7 Mio. Zivilisten, gewürdigt hat. In Russland ist man sich dieser Opfer noch sehr bewusst.

Höhepunkt der friedlichen Revolution war im November 1990 die Unterzeichnung der „Pariser Charta für ein neues Europa“ von allen 34 Staats- und Regierungschefs der KSZE/OSZE. Sie enthielt die Vision einer Gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok, das Gemeinsame Europäische Haus, wie Gorbatschow es nannte, das allen Bewohnern die gleiche Sicherheit garantiert.

Welch` ein Traum?! (Martin Luther King: I have a dream. PM Golda Meir: „Wer keine Träume hat, ist kein Realist“.) Was haben wir daraus gemacht?

Ich wollte daran erinnern, weil es vor 31 Jahren um mehr als nur die deutsche Einheit ging. Es ging um die Zukunft Gesamteuropas und um eine neue Weltordnung. Eine Antwort darauf ist heute dringlicher denn je.

Nochmals herzlichen Dank dem Vorstand der „Deutschen Gesellschaft“ für diese unerwartete Auszeichnung.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch einmal öffentlich bei meiner Frau sowie bei meinem Sohn und meiner Tochter bedanken. Ich musste Ihnen durch meine Arbeitsbelastung viel zumuten. Hinzu kamen angesichts der RAF die latenten Sicherheitsbedrohungen. Tausend Dank, dass Ihr immer für mich da gewesen seid.